

**Antrag
auf einkommensabhängige Festsetzung des Elternbeitrages
gem. § 13 Kindertagesstättengesetz (KitaG) für das Kita-Jahr 2020/2021**

Name des Kindes		geb. am	
Name der Kita		Ort der Kita	
Besuch seit/Monat, Jahr	ab	Krippe an	Tagen
Kindergarten vor 2. Lj. (Kleine Altersmischung)	Tagen	Hort an	Tagen

BITTE SÄMTLICHE FRAGEN BEANTWORTEN! ENTSPRECHENDE NACHWEISE SIND BEIZUFÜGEN!

Ansonsten kann eine Berücksichtigung nicht erfolgen.

Zur Beurteilung meiner/unserer Leistungsfähigkeit beantworte/n ich/wir die nachstehenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen wie folgt:

Angaben zur Person	Mutter	Vater
Name, Vorname		
PLZ, Wohnort		
Straße, Hausnummer		
Geb.-Datum / Familienstand		
Telefon		
E-Mail		
Arbeitgeber (Name, Anschrift)		
Art der Tätigkeit / Beruf		

1. Es leben folgende weitere Personen (Kinder, Lebensgefährte/in usw.)			
a) im Haushalt			
Name, Vorname	Geb.-Datum	Beruf	Sorgerecht

b) außerhalb des Haushaltes			
Name, Vorname	Geb.-Datum	Beruf	Sorgerecht

<p>c) Ein Elternteil zahlt Unterhalt in Höhe von mtl. _____ EUR an _____ (bitte Unterhaltstitel/Kontoauszug beifügen)</p>

<p>2. Ich/Wir erhalte/n</p> <p>a) Kindergeld mtl. _____ EUR für derzeit insgesamt _____ Kinder</p> <p>b) Kinderbetreuungskostenzuschuss z.B. durch Arbeitgeber, CA, BAB u. ä. _____ EUR</p>

Angaben	Mutter	Vater
3. Einkommen (bitte Belege beifügen) a) mtl. netto aus nichtselbständiger Tätigkeit b) Leistungen nach SGB II (ALG II), ALG I, Sozialhilfe c) selbständige Tätigkeit bitte Gewinn-/Verlustrechnung des letzten halben Jahres beifügen	_____ EUR _____ EUR _____ EUR	_____ EUR _____ EUR _____ EUR
4. Sonstige Einkünfte (bitte kompl. Bescheide/Titel in Kopie beifügen) <input type="checkbox"/> Elterngeld <input type="checkbox"/> Alters-/Witwenrente <input type="checkbox"/> Halbwaisenrente <input type="checkbox"/> Wohngeld <input type="checkbox"/> BAföG/ Berufsausbildungsbeihilfe <input type="checkbox"/> Ehegattenunterhalt <input type="checkbox"/> Kindesunterhalt <input type="checkbox"/> Unterhaltsvorschuss	_____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR	_____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR
5. Aufwendungen, die mit der Erzielung des Einkommens verbunden sind: <input type="checkbox"/> Anzahl der <u>wöchentlichen Arbeitstage</u> <input type="checkbox"/> km-Entfernung zur Arbeitsstätte <u>einfach</u> <input type="checkbox"/> Beiträge zu Berufsverbänden	_____ Tage _____ km _____ EUR	_____ Tage _____ km _____ EUR
6. Sonstige Belastungen <u>aus Versicherungen</u> aller Art (bitte Belege beifügen) <input type="checkbox"/> Haftpflicht (außer Kfz.-Versicherung) <input type="checkbox"/> Hausrat <input type="checkbox"/> Lebensversicherung <input type="checkbox"/> Unfallversicherung <input type="checkbox"/> Krankenversicherung (privat) <input type="checkbox"/> Riestervertrag <input type="checkbox"/> sonstige Versicherungen _____	_____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR	_____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR
7. <input type="checkbox"/> Ich/Wir verzichte/n auf die Vorlage von Einkommensnachweisen und erkläre/n mich uns mit der Festsetzung des Höchstbeitrages (Einkommensgruppe 6) einverstanden		

HINWEISE:

Das maßgebende Elterneinkommen wird gestaffelt nach dem **bereinigten Nettoeinkommen** ermittelt. Maßgeblich ist das monatliche Einkommen der Eltern einschließlich Kindergeld und Unterhaltszahlungen. Einmalige Einnahmen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden dabei nicht berücksichtigt. Auf das Einkommen entrichtete Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden vom Bruttoeinkommen in Abzug gebracht. Ebenso können Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen, unter Vorlage von Nachweisen, soweit diese nicht 3% des Nettoeinkommens übersteigen, abgesetzt werden.

Die Eltern sind verpflichtet, wesentliche Einkommensveränderungen dem Jugendamt mitzuteilen und nachzuweisen. Daher bitte folgende Frage ggf. beantworten:

Ein Elternteil ist z. Zt. nicht berufstätig, wird jedoch voraussichtlich ab _____ wieder Einkünfte in Höhe von monatlich netto _____ EUR erzielen (Nachweise über die exakte Höhe sind unmittelbar nach Erhalt vorzulegen).

Ich habe den Hinweis zu Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie die Informationen über die einkommensabhängige Erhebung von Elternbeiträgen zur Kenntnis genommen und erkläre mich damit einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift der Mutter

Unterschrift des Vaters

Hinweis zu Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) **Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte nach der DSGVO**

Ihre Daten werden bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen für vielfältige Aufgaben verarbeitet und bereitgehalten. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist entweder eine spezielle Vorschrift in einem Fachgesetz oder § 3 Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz vom 8. Mai 2018 (LDSG, GVBl. 2018, 93). Darin ist geregelt, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine öffentliche Stelle unbeschadet anderer Rechtsgrundlagen zulässig ist, wenn diese zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung ihrer übertragener öffentlicher Gewalt erforderlich ist. Daneben gibt es auch Fälle, in denen wir Ihre Daten aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeiten. Neben den nachfolgenden Hinweisen erhalten Sie auch bei den jeweiligen Fachbereichen, die Ihre Daten verarbeiten, detaillierte und weitergehende Informationen über die Sie betreffende Datenverarbeitung.

1. Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim am Rhein
Telefon: +49 (0) 6132-787 0
E-Mail: kreisverwaltung@mainz-bingen.de
Website: www.mainz-bingen.de

2. Datenschutzbeauftragter der Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Datenschutzbeauftragter
Konrad-Adenauer-Straße 3
55218 Ingelheim am Rhein
Telefon: +49 (0) 6132-787 6601
Email: datenschutz@mainz-bingen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Ihre Daten werden aufgrund § 97 a Sozialgesetzbuch VIII i. V. m. Art. 6 Abs. 1 DSGVO zur Ermittlung Ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erhoben, um die einkommensabhängige Festsetzung des Elternbeitrages zu ermitteln und festzusetzen.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:
- den Träger der Kindertagesstätte zur Erhebung der Elternbeiträge

5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Ihre Daten werden nach Ende der Beitragspflicht archiviert und für 10 Jahre bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen elektronisch gespeichert.

6. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf jederzeitigen Widerruf einer nach Art. 7 DSGVO erteilten Einwilligung in den Verarbeitungsfällen des Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit a) DSGVO.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DSGVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Datenübertragbarkeit** der sie betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 20 DSGVO
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

7. Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

Telefax: +49 (0) 6131 208-2497

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand dieser Information: 06.06.2018